HANDWERKSKAMMER CHEMNITZ

Resolution der Handwerkskammer Chemnitz
verabschiedet zur Vollversammlung am 28. Juni 2014

Kernforderungen des Handwerks

Meisterbrief – Der Meisterbrief sichert im Handwerk einen hohen Qualitätsstandard und eine fundierte Ausbildungsleistung. Er schützt Verbraucher und verhindert Insolvenzen von Betriebsinhabern. Die Landesregierung muss sich bei der Europäischen Union daher nachdrücklich für den Erhalt des Meisterbriefs als qualifikationsgebundenen Berufszugang im Handwerk und gegen eine Entwertung der Meisterqualifikation einsetzen.

Öffentliche Investitionen – Sachsen muss innerhalb Deutschlands weiterhin Vorbild für eine hohe Investitionsquote bleiben. Die Finanzkraft des Landes, der Kreise und der Kommunen sichert einen erheblichen Teil der Aufträge für das Handwerk ab. Bei öffentlichen Aufträgen muss auf mittelstandsfreundliche Teillose Wert gelegt werden. Unnötige konsumtive Ausgaben in der Verwaltung sind zu vermeiden.

Energiewende – Die Landesregierung muss sich im Bundesrat für eine sichere, planbare und bezahlbare Energiewende stark machen. Im Zuge der anstehenden EEG-Novelle müssen die Kosten für die Energiewende auf breitere Schultern verteilt werden. Steuerrechtliche Anreize für die Förderung der energetischen Gebäudesanierung bleiben unverzichtbar.

Ländlicher Raum – Auch außerhalb der Ballungsräume muss die Verkehrsinfrastruktur bedarfsorientiert ausgebaut, modernisiert und erhalten werden. Die Förderung des Bestandes und der Neuansiedlung kleinerer und mittlerer Unternehmen im ländlichen Raum ist für eine ausgewogene Wirtschaft in Sachsen unerlässlich. Präventiver Hochwasserschutz ist ebenso voranzutreiben wie die Breitbandversorgung.

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge – Die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge muss sich wieder an der Fälligkeit des Entgeltanspruchs orientieren. Die Rückkehr zu zwölf Abrechnungen pro Jahr muss das Ergebnis sein.

Rundfunkgebühren – Das neue Gebühren- Modell gehört auf den Prüfstand. Belastungsspitzen, die die gesamte Wirtschaft betreffen, müssen abgebaut werden.

Bürokratieabbau – Unternehmen sind von unnötigen Melde- und Statistikpflichten zu entlasten, Verfallsklauseln in Gesetze und Verordnungen zu verankern. Der sächsische Normenkontrollrat muss ein starker Verteidiger der Wirtschaft gegen eine ausufernde Gesetzgebung werden.

Ausbildungsreife Jugendlicher – Die Wirtschaft plädiert für eine verpflichtende Berufs-und Studienorientierung unter Einbeziehung der Wirtschaft. Berufsorientierung muss ebenfalls im Lehrplan an Gymnasien Bestandteil sein. Leistungsschwache Schüler müssen gefördert werden. Kein Jugendlicher darf ohne Schulabschluss zurückgelassen werden.

Berufsschulen – Die Ausbildungsbetriebe und Lehrlinge sind auf eine langfristig stabile und bedarfsgerechte Berufsschulstruktur angewiesen. Eine zentrale Koordinierung auf Landesebene hierfür ist dringend geboten. Bei der Netzplanung für Berufsschulen zu berücksichtigen sind auch Belange der Wirtschaft im ländlichen Raum. Sachsen muss die Lehrlinge mit Zuschüssen für Unterbringungs- und Reisekosten unterstützen.

Duale Berufsausbildung – Die Bildungszentren des Handwerks leisten einen wesentlichen Beitrag für die Erreichung höherer Ausbildungsqualität im Handwerk und sind daher kontinuierlich zu unterstützen.

Fachkräftesicherung – Die Ausbildungsmöglichkeiten für hochqualifizierte Fachkräfte sind zu verbessern. Zudem darf das Handwerk bei der Integration von Ungelernten und Langzeitarbeitslosen in das Berufsleben nicht alleingelassen werden!

Wirtschaftsnahe Hochschulpolitik – Studienangebote sind dem Bedarf der sächsischen Wirtschaft anzupassen. Studenten müssen an Hochschulen stärker unternehmerische Kompetenzen erwerben. Der Wirtschaftsstandort Sachsen braucht ein gesundes Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung. Die Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung zur akademischen Bildung ist zu verbessern.